



# **SED-Pressdienst (PD)**

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

## Inhaltsverzeichnis

vom 25. Mai 1949

### Nachrichten

Deutsche Stimmen zur Aussenministerkonferenz

Interzonengespräch geht weiter  
Gesamtdeutsches Treffen unerlässlich  
Vom gleichen Geist beseelt  
Ohne Gewerkschaften keine demokratische Neugestaltung

Erfolgreiche Arbeit für ein besseres Leben

Traktorenbauprogramm wird erfüllt  
Grosse Fischfänge in Rostock und Warnemünde angelandet  
Billige Kartoffeln auf Rügen  
Leipziger Stahlgiesser helfen Riesa

Kasten: Goeben erschienen: "Warum Hilfe für die Intelligenz?"  
Mai-Plansoll überboten  
450 t schwere Brücke aus dem Wasser gehoben  
34 Schiffe wiederhergestellt  
Kraftwerk Harcke braucht Kalk

Zunehmende Erwerbslosigkeit in Hessen  
Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau  
Unternehmerfreundlicher Storch  
CDU stimmt für niedrige Frauenlöhne  
Hans Reimann - Opfer einer Schlagwetterexplosion  
Remscheider Werkzeugindustrie ohne Auslandsabsatz  
Rückgang des Westberliner Interzonen- und Aussenhandels

### Pressestimmen:

Preissenkung bei der HO - Steigerung des Reallohns  
Hoffnungslosigkeit in Berlin W

### Kommentare:

Der Auftakt in Paris  
Grosse Worte - kleine Pannen  
Schluss mit dem UGO-Putsch  
USA unterstützen deutsche Monopole

### Artikeldienst:

Die Marshall-Krise Belgiens

### Stimmen des Auslandes:

Laski zur Verhaftung Eislers  
Englische Justiz im Dienst amerikanischer Kriegshetzer  
Französische Stimmen zu Bonn  
USA-Reaktion "einen Schritt vom Faschismus"  
Budget eines Moskauer Fräasers

### Zur Information:

Aus Schanghai's Vergangenheit

Pressedienst  
(15)

25. Mai 1949

Nachrichten  
=====

Deutsche Stimmen zur Außenministerkonferenz  
Interzonengespräch geht weiter  
-----

Magdeburg, 25.5. (Fig.Ber.)

"Wir werden nicht müde werden, mit den Gewerkschaften für ein einheitliches und demokratisches Deutschland zu kämpfen", schreiben die Mitglieder der Betriebsgewerkschaftsleitung der Maschinenfabrik Buckau-Wolf, Magdeburg, im Namen ihrer 7 000 Belegschaftsangehörigen in einem Brief, der an den Betriebsrat der Maschinenfabrik Grevenbroich im Westen unseres Vaterlandes gerichtet ist. Damit beantwortet die BGL gleichzeitig die bei ihren westdeutschen Kollegen vorhandene irrtümliche Auffassung, daß sich "das deutsche Volk in West und Ost schon lange die Hände gereicht hätte, wenn die Besatzungsmächte zu einer Einigung gekommen wären". Die BGL der Maschinenfabrik Buckau-Wolf vertritt in ihrem Antwortschreiben nach Westdeutschland die Ansicht, "daß nicht fremde Mächte oder Militärregierungen allein über die Zukunft Deutschlands zu bestimmen haben, sondern auch das deutsche Volk. Sein Recht auf nationale Selbstbestimmung muß respektiert werden. Das haben die Siegermächte in der Atlantikcharta und im Potsdamer Abkommen versprochen. Wir hoffen und erwarten von Euch, daß Ihr darüber genau so denkt wie wir und daß Ihr für die Einheit Deutschlands nachdrücklich Eure Stimme erhebt."

Abschließend bitten die Magdeburger die westdeutschen Gewerkschafter, ihren Brief der Belegschaft bekanntzugeben und zu berichten, wie die Kollegen von Grevenbroich den Kampf für einen gerechten Friedensvertrag und für den Abzug aller Besatzungstruppen führen.

Gesamtdeutsches Treffen unerlässlich  
-----

Magdeburg, 25.5. (Fig.Ber.)

"Die Anhörung einer deutschen Vertretung würde es ermöglichen, die Belange unseres Volkes am geeigneten Ort vorzutragen, weshalb das Zustandekommen eines Treffens von Vertretern aus allen Besatzungszonen Deutschlands unerlässlich ist", äußert Kollege August Jungmann aus dem Sanar-Werk Strube, Magdeburg, seine Ansicht zur Außenministerkonferenz in Paris.

Vom gleichen Geist beseelt  
-----

Magdeburg, 25.5. (Fig.Ber.)

"Möge die Außenministerkonferenz vom gleichen Geist beseelt sein, wie der ihr vorausgegangene, ebenfalls in Paris stattgefundene Weltfriedenskongreß, denn alle Völker wollen den Frieden", schreibt unser Werktätige Hans Thie aus dem Krupp-Gruson-Werk, Magdeburg.

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Nachrichten - 2 -

Ohne Gewerkschaften keine demokratische Neugestaltung

S c h w e n n i n g e n, 25.5. (Eig.Ber.)

"Auf der Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen im Mai 1947 sprachen die Gewerkschaftsvertreter aller Zonen den Wunsch aus, wenigstens durch Experten bei der wichtigen Frage über das künftige Schicksal Deutschlands gehört zu werden", erklärte der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes von Württemberg-Hohenzollern. Er fügte hinzu: "Leider wurde dem Wunsche der Gewerkschaften nicht entsprochen. Wer jedoch glaubt, ohne die Gewerkschaften eine demokratische Neugestaltung der wirtschaftlichen und politischen Struktur schaffen zu können, wird einmal schwer enttäuscht sein."

Wir hoffen, daß die Außenminister-Konferenz in Paris endlich den Frieden bringt. Einen Frieden, der nicht die Merkmale von Gewalt und Unfreiheit, sondern die von Demokratie und Verständigung trägt. Wir wünschen von der Außenministerkonferenz nicht nur die Einheit, sondern auch die politische und wirtschaftliche Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht.

Dies ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung von normalen Beziehungen einer vom ganzen Volk gewählten Regierung mit allen Völkern der Erde. Alle einschränkenden Bestimmungen besonders bei Export und Import müssen fallen. Dies gilt auch für den Warenverkehr mit dem Osten.

Die werktätige Bevölkerung Deutschlands erwartet, daß Beschlüsse gefaßt werden, die dem werktätigen Volk die Möglichkeit geben, in Ruhe und Frieden die in Hülle und Fülle vorhandenen Naturschätze der Erde durch eine planvoll gelenkte Wirtschaft allen Menschen, vor allem aber den werktätigen Menschen, dienstbar zu machen."

Erfolgreiche Arbeit für ein besseres Leben  
Traktorenbauprogramm wird erfüllt

L e i p z i g, 25.5. (Rdfk.)

"Die Tatsache, daß der erste Ackerschlepper aus den volkseigenen Horch-Werken, Zwickau, sechs Wochen vor dem festgesetzten Termin das Werk verlassen hat, gibt uns die Gewißheit, daß das Traktorenbauprogramm erfüllt wird", sagte Fritz Seibmann, stellvertretender Vorsitzender der DWK, in einem Interview, das er einem Vertreter des Mitteldeutschen Rundfunks gewährte. Seibmann sagte weiter:

"Die Aufnahme der Traktorenfertigung im Horch-Werk ist ein Bestandteil des Plans, der im vergangenen Jahr aufgestellt wurde. Die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Zugkräften, die allein auf der Basis tierischer Zugkräfte nicht gesichert werden kann, erfordert die Produktion von Traktoren, nicht nur für die Ergänzung der jetzt draußen stationierten Traktoren, sondern vor allem für die Ausrüstung der MAS, um den Neubauern und den kleinen Bauern die Mög-

Fressdienst  
(FD)

25. Mai 1949  
Nachrichten - 3 -

lichkeit zu geben, von den FAS die notwendigen Zugkräfte zu beziehen. Als die Sowjetunion 1 000 Traktoren unserer Landwirtschaft bei der Frühjahrseinstellung zur Verfügung stellte, waren wir uns darüber klar, daß das natürlich nur ein Anlaß sein sollte, unsere eigenen Kräfte anzusetzen, um aus der eigenen Produktion die Landwirtschaft mit Traktoren zu versorgen. Wir hatten deshalb im Volkswirtschaftsplan den Bau von 500 Traktoren vorgesehen. Infolge des schnellen Ganges der Vorarbeiten konnten wir die Zusage geben, daß wir nicht nur 500, sondern 850 Traktoren erstellen werden. Für das nächste Jahr ist bereits die Fertigung von 4000 Traktoren vorgesehen. Die Ausrüstung der Landwirtschaft mit den notwendigen Traktoren gibt uns die Sicherheit, daß wir neben der besseren Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln nun auch die Frage der Versorgung der Landwirtschaft mit den nötigen Zugkräften lösen werden und damit die Ernährung des Volkes laufend verbessern können."

Große Fischfänge in Rostock und Warnemünde angelandet

R o s t o c k, 25.5. (Eig.Ber.)

Auf der Insel Usedom, in den Häfen Warnemünde und Rostock werden so große Mengen von Fisch angelandet, daß die Salzereien und Verarbeitungsbetriebe sie nicht aufnehmen können. Es besteht die Gefahr, daß diese Nahrungsmittel verderben, wenn nicht sofort die nötigen Anordnungen getroffen werden. Uns ist bekannt, daß der Mangel an Kühlwagen und Eis Fischtransporte erschwert. Deshalb darf nicht bürokratisch gehandelt werden. Dem Ministerium für Handel und Versorgung in Mecklenburg wurde vorgeschlagen, die Fische an die Einwohner des Kreises Rostock auf einen Sonderabschnitt der Lebensmittelkarte auszugeben. Wir glauben, daß das Ministerium dagegen nichts einzuwenden hat und, wie auf Usedom, der Fischsegen der Bevölkerung sofort zugeführt wird.

Billige Kartoffeln auf Rügen

S t - a l s u n d, 25.5. (Eig.Ber.)

Auf der Insel Rügen werden genügend Kartoffeln zum Preise von 3.-- DM pro Zentner angeboten. Bei größeren Mengen werden sogar nur 2.-- oder 1.50 DM pro Zentner gefordert.

Leipziger Stahlgießer helfen Riesa

L e i p z i g, 25.5. (Eig.Ber.)

Trotz erhöhter Anstrengungen um die Erfüllung ihrer Wettbewerbsziele ließen es sich die Männer aus dem Elektro-Stahlgußwerk Leipzig nicht nehmen, dem jungen Riesaer Rohrwalzwerk beim Ausbau seiner Produktionsstätten zu helfen. Die Leipziger Stahlgießer nahmen die Her-

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Nachrichten - 4 -

stellung von Stopfen auf, die in Riesa dringend zum Ziehen der Rohre benötigt werden. Die Riesaer Kumpel betonen, daß die Stopfen, die bisher nur in Westdeutschland hergestellt werden konnten, den Erzeugnissen der Ruhrstahlproduktion in nichts nachstünden.

Soeben erschienen:

Frage und Antwort - Nr. 3

"Warum Hilfe für die Intelligenz?"

Alle Fragen, auch gerade solche, die noch von wenig Verständnis und Einsicht zeugen, aber breite Bevölkerungskreise bewegen, wie

"Warum Bündnis mit der Intelligenz?"

Dreht sich nicht nur alles um die ESPakete?

Bevorzugung oder Gerechtigkeit?"

werden aufgeworfen und klar, verständlich und überzeugend beantwortet.

Der Versand an die Kreisvorstände und Parteischulen hat begonnen.

x x x

Anmerkung für unsere Redaktionen:

Diese Meldung gilt als Pflichtabdruck.

Mai-Plansoll überboten

B e r l i n, 25.5. (Eig.Ber.)

Im Wettbewerb der Stahlgießereien gelang es der Belegschaft des Werkes Copitz, die Planverpflichtung des Monats Mai schon jetzt mit 16% zu überbieten. Torgelow produzierte 13,5, Ückermünde 5,5% mehr, während die Werke Elektro-Stahlguß Leipzig noch mit 95,5, Leipziger Eisen- und Stahlwerke mit 77,4 und Ketzschendorf mit 76,6% am Abschluß der zweiten Dekade des Mai-Plansolls zurückblieben.

450 t schwere Brücke aus dem Wasser gehoben

W o l g a s t, 25.5. (Eig.Ber.)

In der Welt des Brückenbaues ist man, dem größten Brückenbauunternehmen in der Ostzone wieder einen bedeutsamen Schritt weitergekommen. Mit Hilfe eines sinnreich konstruierten Hilfsbaues wurde das längste

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Nachrichten - 5 -

und schwierigste Stück der vollständig zerstörten Brücke im Wasser angehoben und "ausgeschwommen". Längsseits des etwa 60 m langen und rund 450 t schweren Brückenteils hatte man auf beiden Seiten Oderkähne gelegt, die mit einer Trägerkonstruktion versehen waren. An diese schwimmende Hebebühne war das versunkene und in sich noch einmal gebrochene Brückenstück aufgehängt worden. Zentimeter um Zentimeter wurde es etwa 4 m vom Grund hochgehoben, so daß es frei zwischen den beiden Kähnen schwebte. Mit Hilfe zweier Schlepper wurde die Konstruktion in ihrer Gesamtheit nach Überwindung besonderer Schwierigkeiten ausgeschwommen und in einer wahren Meisterleistung der Manöverkunst um 180 Grad gedreht und längs des ebenfalls noch zerstörten Brückenteils in Landnähe gebracht.

#### 34 Schiffe wiederhergestellt

D r e s d e n, 25.5. (Eig.Ber.)

Die Werften der Wasserstraßendirektion Dresden haben bei der Wiederinstandsetzung von Transportfahrzeugen im April ihr Plansoll weit überschreiten können. Mit der Wiederherstellung von zwölf Schiffen mit fast 5 000 Tonnen Ladefähigkeit erfüllten sie die Planaufgabe für Schiffe mit Selbstantrieb zu 162 Prozent. Das Plansoll für Schiffe ohne Selbstantrieb wurde mit der Reparatur von 20 Schiffen mit zusammen 16 440 Tonnen ebenfalls mit 48 Prozent übererfüllt. Darüber hinaus wurden zwei Bestandsfahrzeuge, Schiffe, die infolge Kriegseinwirkungen unbrauchbar waren, wiederhergestellt.

#### Kraftwerk Harbke braucht Kalk

H a r b k e, 25.5. (Eig.Ber.)

Der Kraftwerk Harbke fehlen Lieferungen von Kalk, der zum Weichmachen des Wassers benötigt wird. Lieferant sind die Hornberger Kalkwerke, Eibingerode (Harz). Das Material ist freigegeben, kann aber nicht befördert werden, weil einer von zwei Pendelwagen aus dem Bereich der RBD Magdeburg spurlos verschwunden ist. Deshalb gelangten nur 50% der erforderlichen Kalkmengen nach Harbke. Schnelle Abhilfe ist erforderlich, wenn nicht die Stromerzeugung pro Tag um 1 - 1,5 Mill. kWh absinken soll.

#### Zunehmende Erwerbslosigkeit in Hessen

F r a n k f u r t/Main, 24.5. (Eig.Ber.)

Eine vom Landesarbeitsamt Hessen am 15. Mai veröffentlichte Statistik zeigt, daß an diesem Tage die Arbeitslosigkeit in Hessen seit Ende April wiederum um 1 833 Männer und Frauen zugenommen hat und daß insgesamt im Mai 102 886 Arbeitslose in Hessen gezählt wurden. Besonders stark wirkt sich die Arbeitslosigkeit in den Arbeitsamtsbezirken Offenbach und Darmstadt aus. Frankfurt hat zum ersten Male eine größere Arbeitslosenziffer als vor der Währungsreform. Ferner wird eine starke Zunahme der Kurzarbeiter gemeldet.

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Nachrichten - 6 -

Ende April gab es 793 Betriebe mit 17 683 Arbeitskräften, die Anträge auf Kurzarbeiterunterstützung gestellt hatten; Mitte Mai waren es bereits 829 Betriebe mit 19 309 Arbeitskräften. Im Arbeitsamtsgebiet Offenbach sind von 1 000 beschäftigten Arbeitern und Angestellten 68,7 in Kurzarbeit. Schließlich meldet das Statistische Landesamt, daß die freien Arbeitsplätze Mitte Mai im Vergleich zu dem Monat April noch weiter zurückgegangen sind. Mitte Mai waren nur noch 11 278 Arbeitsplätze, d.h. 12,7% weniger als Ende April zu besetzen.

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

B o c h u m, 25.5. (Eig.Ber.)

Zwischen der IG Bergbau und der DKBL beginnen in Essen Lohnverhandlungen über die Beseitigung der übergroßen Differenz zwischen Schichtlöhnen und Gedingelöhnen. Dr. Peupelmann von der Pressestelle der IG Bergbau äußerte sich sehr optimistisch über den zu erwartenden Verlauf der Verhandlungen. Der Frage, wie sich einzelne Zechendirektoren bei den Lohnverhandlungen verhalten und wer von ihnen und welcherart er gegen die Forderungen auftritt, wies Herr Dr. Peupelmann aus. Über Ergebnis und Verlauf der Verhandlungen ist ein Kommuniqué der IG Bergbau zu erwarten.

Unternehmerfreundlicher Storch

F r a n k f u r t, 25.5. (Eig.Ber.)

Der Direktor der Verwaltung für Arbeit, Anton Storch, will die Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane bei den Krankenversicherungsanstalten zugunsten der Unternehmer ändern. Die vom Ausschuß für Arbeit beim Wirtschaftsrat beschlossene 2/3-Mehrheit der versicherten Arbeiter bei den Organen der Selbstverwaltung soll nach dem Antrag von Herrn Storch in eine nur paritätische Beteiligung durch Unternehmer und Versicherte abgeändert werden. Die CDU unterstützt den Antrag von Storch.

CDU stimmt für niedrigere Frauenlöhne

F r a n k f u r t, 25.5. (Eig.Ber.)

Im Ausschuß für Arbeit beim Wirtschaftsrat wurde der Antrag auf Besoldung gleicher Löhne bei gleicher Tätigkeit und gleicher Leistung, der die niedrigen Löhne für Frauen und Jugendliche beseitigen soll, auf Antrag der CDU gegen die Stimmen der KPD und SPD mit 9 gegen 6 Stimmen von der Tagesordnung abgesetzt.

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Nachrichten - 7 -

Hans Reimann - Opfer einer Schlagwetter-Explosion

D o r t m u n d, 25.5. (Eig.Ber.)

Auf dem Ostschacht der Zeche Zollern I in Dortmund fielen einer schweren Schlagwetter-Explosion 7 Menschenleben zum Opfer. Weiter sind zwei Schwer- und ein Leichtverletzter zu beklagen. Unter den Toten befindet sich der Bruder des ersten Vorsitzenden der KPD, Hans Reimann.

Durch die gewaltige Explosion wurde das Schachtgerüst, welches zum Abtaufen des Schachtes diente, vollkommen zerstört. Der Ostschacht, der mit einer Tiefe von 126 m als Wetterschacht für Zollern I vorgesehen war, stand kurz vor seiner Vervollständigung. Die Explosion ereignete sich in einer Tiefe von 97 m. Fünf der verunglückten Schachthauer - unter ihnen Hans Reimann - befanden sich zur Zeit des Unglücks im Schacht und konnten bisher noch nicht geborgen werden. Die übrigen 2 Toten und die Verletzten waren über Tage und wurden durch den Luftdruck weggeschleudert.

Zwei Rettungsmannschaften der Zeche Zollern I treffen Vorbereitungen, um den Einstieg in den Unglücksschacht möglich zu machen und die Toten zu bergen. Die Untersuchungen über die Ursachen der Explosion sind durch die Bergbaubehörde eingeleitet.

Remscheider Werkzeugindustrie ohne Auslandsabsatz

B e r l i n, 25.5. (Eig.Ber.)

Wie die englische Zeitung "Die Welt" berichtet, betragen die Umsätze der weltberühmten Remscheider Werkzeugindustrie im Auslandsgeschäft nur etwa 10% des Vorkriegsstandes. Das Blatt spricht von "erheblichen Schwierigkeiten" beim Exportgeschäft.

Rückgang des Westberliner Interzonen- und Außenhandels

B e r l i n (Eig.Ber.)

Im April lieferte die Westberliner Industrie - einer DFD-Meldung zufolge - nach Westdeutschland und dem Ausland nur noch 1 711 t Waren im Werte von 20,2 Millionen Mark, gegenüber 1 964 t für 25 Millionen Mark im März. Dieser Rückgang ist umso schwerwiegender, als sich der Absatz der Westberliner Wirtschaft danach in nur einem Monat mengenmäßig um 13, wertmäßig aber sogar um 20% verringert hat.



Pressedienst  
(FD)

25. Mai 1949

# Pre s s e s t i m m e n

## Preissenkung bei der HO - Steigerung des Reallohns

Die "Tägliche Rundschau" hebt im Leitartikel ihrer Ausgabe vom 25. Mai hervor, daß die auf Grund der ständigen Festigung der Ostzonenwirtschaft erfolgten Preissenkungen eine Erhöhung der Realöhne bedeuten, und schreibt u.a.: "Man achtet nicht nur auf die Höhe der Löhne, sondern ebenso sehr auf die Höhe der Preise... Das Festhalten am Preisstop ... ist auch heute noch das hauptsächlichste Kennzeichen der Preispolitik in der sowjetischen Besatzungszone."

Es muß der Zustand erreicht werden, daß für den Verbraucher alle Waren ohne Rationierung frei erhältlich sind... Der Zeitpunkt, in dem das möglich sein wird, liegt nicht mehr in allzu weiter Ferne. Noch aber würden bei völlig freier Preisbildung die Preise lebenswichtiger Bedarfsartikel für die Mehrheit unerschwinglich hoch sein. Man hat daher eine doppelte Preisebene - für rationierte und für freie Waren - geschaffen. Der unerläßliche Mindestbedarf ist noch rationiert und zu niedrigen Normalpreisen erhältlich... Je günstiger die Versorgungslage wird, je mehr die Produktion wächst, desto mehr können die Preise der HO herabgesetzt werden - bis sie endlich den Preis der rationierten Ware erreichen... Bei einer großen Anzahl von Waren ist jetzt schon der Zustand erreicht, daß die freien Preise die Preise der rationierten Waren erreicht haben; die Rationierung konnte für diese Artikel beseitigt werden... Solange noch Knappheit herrscht, müssen die Preise der HO über den Preisen rationierter Waren liegen. Der Mehrgewinn, der dabei entsteht, fließt dem Haushalt der Deutschen Wirtschaftskommission zu, die ihn zur Erweiterung der Produktion benutzt. Er kommt also dem ganzen Volke zugute und ermöglicht auf diese Weise spätere Preissenkungen...

Daß die jüngsten Preissenkungen der HO durch die Konjunktur auf dem Westberliner Markt erzwungen seien, entspricht nicht den Tatsachen... Nicht die Rücksicht auf unkontrollierbare spekulative Vorgänge im Westen Berlins bestimmt die Preispolitik der HO, sondern die Versorgungslage, die sich auf Grund des Zweijahrplans gebessert hat... Für die sehr knappe Seide, die nur importiert werden kann, tritt z.B. keine Preissenkung ein... für Wollstoffe aus der einheimischen Zellwolle eine starke.

Die Preise von 1949 sind ... nur eine Etappe auf der Wege weiterer Preissenkungen... Der Zweijahrplan sieht eine Minderung der Selbstkosten um durchschnittlich 7 Prozent vor. Jeder einzelne Werktätige der sowjetischen Besatzungszone kann daran mitwirken, daß dieses Ziel erreicht und möglichst sogar übertroffen wird. Das Ergebnis kommt dann allen in Gestalt gesenkter Preise zugute.

Wenn der Westen... vorübergehend einzelne Einfuhrwaren zu niedrigen Preisen anbietet, so darf man sich hierdurch nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß diese Scheinerfolge nur die Folge einer unerhöhten Verschuldung an das Ausland sind, die früher oder später aus erhöhten Steuern und Preisen abgedeckt werden muß. Die sowjetische Besatzungszone steht dagegen schuldenfrei da... Das... wird sich schon bald für das ganze Volk günstig auswirken."

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949

Pressestimmen - 2 -

Hoffnungslosigkeit in Berlin W

Unter dem Titel "Noch unerfüllte Hoffnungen - Arbeitslosen-zahl noch nicht zurückgegangen" schreibt der "Telegraf am 25. Mai:

"Die kleine Schneiderin geht noch immer stempeln. Zweimal in der Woche. Vielleicht nicht mehr lange, denkt sie. Zehn der besten Stepperinnen hat ihre Firma wiedereingestellt. Sie war noch nicht dabei - leider. Zu gern möchte sie den bunten Stoff zum Sommerkleid kaufen, der im Schaufenster ausgebreitet liegt. Zehn Mark fünfzig das Meter. Sie würde sich einen weitschwingenden Rock und eine Bluse mit Rüschen schneiden. Aber von dreissig Mark Arbeitslosenunterstützung für zwei Wochen, die sie eben abgeholt hat? An den Schaufenstern, wo die Leute sich angesammelt haben, um die Büchsen mit Aal in Gelee, das Apfelmus und den rosa Lachs anzustauen, geht sie schnell vorbei. Nur nicht stehenbleiben..."

Über eine andere Westberlinerin schreibt das Blatt:

"Während sie die Schlossstrasse entlanggeht, rechnet sie aus, wieviel von dem Stempelgeld übrigbleibt, wenn sie ihre Schulden bezahlt hat. Eigentlich gar nichts. Vielleicht reicht es doch noch für Porree und Rhabarber und die Zuteilungsapfelsinen. Sie hat noch nichts Frisches kaufen können, sagt sie. Und Rollmöpfe sind für sie immer noch ein unreichbarer Wunschtraum. So wird es auch bleiben, bis sie wieder Arbeit bekommt. Noch ist nichts, hat ihre Firma gesagt, als sie fragen ging, ob nicht bald wieder die Arbeit auf dem Bau losgehen würde."

Das Bild des westlichen "Paradieses", die Schuld der Westberliner Katastrophopolitiker wird abgerundet, wenn man in dem Bericht des "Telegraf" schliesslich noch liest:

"Zehn Tage vor Weihnachten, sagt der Mann, musste er in der Bautischlerei aufhören. Das Zinkblech war alle. Er hat Frau und Kind und bekommt 35,25 Mark Arbeitslosenunterstützung in der Woche. 'Gar nicht daran zu denken', meint er, 'mal Schuhe oder Strümpfe für das Kind zu kaufen.' Er hat wenig Hoffnung, bald wieder Arbeit zu bekommen. Auch der Glaser sagt es, der gerade auf das Arbeitsamt in der Schlossstrasse in Charlottenburg zum Stempeln geht. Eine Viererschlange Arbeitsloser wartet auf dem Korridor auf die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Wann hört das Stempeln auf? Wann können sie wieder die Lohntüte in Empfang nehmen an Stelle der Unterstützung?

Noch sei nichts zu merken, sagt der Dienststellenleiter, dass die Zahl der Arbeitslosen zurückgeht. Die Anforderung an Arbeitskräften durch die Betriebe sei so gering wie bisher."

PresseDienst  
(PD)

25. Mai 1949

# K o m m e n t a r e

## Der Auftakt in Paris

Berlin (PD)

Der sowjetische Aussenminister Wyschinskij hat in seinem ersten Auftreten das ausgesprochen, was das deutsche Volk von der Pariser Aussenministerkonferenz erwartet: Aufhebung der Spaltung Deutschlands durch Bildung eines gesamtdeutschen Staatsrates auf der Grundlage der deutschen Wirtschaftsorgane, die gegenwärtig in der sowjetischen Besatzungszone und in den westlichen Zonen Deutschlands bestehen. Denn die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands, die eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk ist, kann ohne eine solche zentrale deutsche Körperschaft, die für die Frage der Wirtschaft und des staatlichen Aufbaus zuständig ist, unmöglich erreicht werden. Dieser Staatsrat soll als wirtschaftliches und verwaltungsmässiges Zentrum Deutschlands mit Regierungsvollmachten ausgestattet werden. Dieser sowjetische Vorschlag entspricht genauso dem Wunsch des deutschen Volkes, wie die Erklärung Wyschinskijs, dass das Ruhrgebiet ein untrennbarer Teil Deutschlands sei, der unter Beteiligung von Vertretern deutscher Verwaltungsorgane unter die Kontrolle der vier Grossmächte gestellt werden soll. Die Regelung aller Einzelfragen, zu denen auch die Währungsfrage nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland sowie natürlich auch die Wiederherstellung der Einheit Berlins mit einheitlicher Magistrat gehört, kann im Rahmen der so wiederhergestellten Einheit Deutschlands leicht erfolgen.

Die Sowjetdelegation geht mit offenkundiger Verständigungsbereitschaft ans Werk, sie will die Verständigung im Interesse des Friedens. Ihr Standpunkt trifft sich in allem mit den Interessen des deutschen Volkes. "Ich glaube, dass wir diese Fragen erfolgreich lösen werden", sagte Wyschinskij. Auf den Einwurf Bevins "das hängt von Ihnen ab", erwiderte er: "Wir sind vier, und es hängt folglich von dreien dreimal soviel ab als von einem".

In der Tat, die Verständigung hängt einzig und allein von der Bereitschaft der Westmächte, vor allem von den Vereinigten Staaten ab. Die sowjetischen Vorschläge fassen fest auf dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, das auch die Unterschriften von Truman und Attlee trägt, die Behandlung Deutschlands als eines einheitlichen Ganzen und die Einsetzung eines deutschen Verwaltungsrates vor. (Punkt 14 und 16 des Potsdamer Abkommens). Dieses Abkommen ist die auch heute gültige völkerrechtliche Grundlage der Behandlung der deutschen Frage.

Die Westmächte können nicht leugnen, dass sich die sowjetischen Vorschläge durchaus im Rahmen dieses Abkommensbewegens, also völkerrechtlich begründet sind. Der amerikanische Aussenminister Acheson hat daher in seiner ersten Erwiderung nicht etwa die sowjetischen Argumente entkräftet, sondern kritisierte nur, dass die

PresseDienst  
(PD)

25. Mai 1949

Kommentare - 2 -

sowjetische Politik eine "Politik des Zurück nach Potsdam" sei. Die Westmächte seien jedoch entschlossen, "alles das aufrecht zu erhalten, was in Westdeutschland durchgeführt worden ist". Es ist nicht anzunehmen, dass dies das letzte Wort der Westmächte wäre. Dann hätten sie nicht nach Paris zu kommen brauchen. Sie werden auf die Friedenskräfte der Welt, die sie dazu gezwungen haben, nach Paris zu kommen, auch weiter Rücksicht nehmen müssen, auch auf den Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit und ge-  
rechten Frieden.

Störungskräfte sind natürlich am Werke. Dem Berliner Hetz-Telegraf ist bei der Atmosphäre der Verständigung "nicht ganz geheuer". Eine Reihe Mitgliedern des "alliierten Hilfspersonals", unter ihnen Carlo Schmid, sind in Paris anwesend. Auch der Führer der amerikanischen Kriegshetzer-Partei, der geschlagene Präsidentschaftskandidat Dewey, traf in Paris ein mit der Erklärung: "Ich bin nicht allzu optimistisch" und begann mit seiner Hetze gegen die Sowjetunion. Zu solchen Störungsversuchen gehören der in Berlin entfachte Bandenkrieg und provokatorische Fragen westlicher Pressevertreter über die ostdeutsche Grenze und Schlesien. Das deutsche Volk vertraut aber darauf, dass die Friedenskräfte stark genug sein werden, um in Paris einen wesentlichen Schritt zur Einheit Deutschlands und zur Sicherung des Friedens zu erwirken.

G.Kr.

Grosse Worte - kleine Pannen

Berlin (PD)

Zwei volle Seiten ihrer Ausgabe vom 24. Mai widmete die amerikanische "Neue Zeitung" der Veröffentlichung von Material, mit dem der deutsche Leser anlässlich der Pariser Konferenz davon überzeugt werden soll, dass die Haltung der Westmächte den deutschen Interessen entspricht. Aber auch der grösste Wortschwall vermag nichts gegen Tatsachen. Und je mehr Worte gemacht werden, desto grösser ist die "Gefahr", dass auch die Wahrheit zu Worte kommt. Auch "Die Neue Zeitung" blieb bei aller Sorgfalt vor solchen "Pannen" nicht bewahrt.

So lesen wir unter dem Titel "Zusicherungen (gemeint mit der USA) an das deutsche Volk" auch folgende Worte des ehemaligen amerikanischen Aussenministers Byrnes: "Dagegen bestand die Absicht, die Bildung einer starken zentralen Regierung zu verhindern..." Und an anderer Stelle: "Da es sich als unmöglich erwiesen hat, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zustande zu bringen..." "Das sind gewiss keine schönen Zusicherungen an das deutsche Volk".

Auf Seite 1 derselben Nummer der "Neuen Zeitung" finden wir dann folgende Worte: "Im Hinblick auf die... Möglichkeit eines sowjetischen Vorschlages auf Abzug der Besatzungstruppen ver-lautet..., dass der amerikanische Aussenminister Acheson... aus-drücklich erklärt habe, die USA würden für eine längere Besetzung Deutschlands eintreten".

Ja, wer vertritt nun eigentlich die deutschen Interessen?

P...

- 3 -

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Kommentare - 3 -

Schluss mit dem UGO-Putsch

Berlin (PD)

Verzweifelt bemüht sich die westlich-lizenzierte Presse, der Welt einzureden, dass es sich bei dem niederträchtigen Anschlag auf die Berliner S-Bahn und dem Versuch, das Leben einer Millionenstadt zu desorganisieren und bürgerkriegsähnliche Zustände heraufzubeschwören, um einen ordentlichen Streik zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen handele. Die Presse versucht den Anschein zu erwecken - und die UGO-Führung tutet ins gleiche Horn -, die böse Reichsbahndirektion verweigere, vom FDGB assistiert, die Erfüllung berechtigter gewerkschaftlicher Forderungen.

Was spielte sich in Berlin auf der S-Bahn ab? Es war doch merkwürdig, dass ausgerechnet die Eisenbahner vom Umtausch der Ostmark gegen Westmark ausgenommen waren. Natürlich wollen auch die Westsektor wohnenden Eisenbahner leben, doch der Spaltermagistrat, der die Einführung der D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel gefordert hatte, lehnte es ab, den Eisenbahnern das Ostgeld gegen Westgeld im Verhältnis 1 : 1 umzutauschen. Warum - das ist den Berlinern mittlerweile klar geworden. Sie mussten erleben, dass der von der UGO unterstützte Plan, die Normalisierung des Berliner Lebens durch einen Streik lahm zulegen, nichts weiter darstellte, als ein Attentat auf das Allgemeininteresse der Berliner Bevölkerung und zugleich als einen Versuch, die beginnende Verständigung in Paris zu stören.

Die Rollen waren verteilt. Das provokatorische Spiel, indem der UGO als gelbe Organisation und Unternehmeragentur die führende Rolle zugeordnet und die Eisenbahner bloße Schachfiguren waren, konnte beginnen. Das Stichwort war gegeben, es lautete: "Wir werden die Eisenbahner kaum von Gewaltakten zurückhalten können." Die Rechnung ging jedoch auf, die Eisenbahner machten einen Strich durch sie. Wie an jedem Tage, so kamen sie auch am Tage der Streikparole, die die UGO-Führung ausgegeben hatte, zur Arbeit, um ihren Dienst in gewohnter Weise durchzuführen. Eine hoffnungslose Minderheit, rund 2 500 Eisenbahner von 50 000, trat nicht zum Dienst an. Eine Sache war verloren, bevor sie begonnen hatte. Die UGO-Führung und ihre ausländischen Drahtzieher sahen sich in die unangenehme Lage versetzt, dass ihr Vorhaben, einen sogenannten "Streik" zu organisieren, der in Wirklichkeit nur den Vorwand für die Auslösung von Terror- und Gewaltakten schaffen sollte, die Menschenleben fordern sollten, zu misslingen drohte, weil die Eisenbahner das verderbliche Spiel durchschauten und nicht mitmachten. Aber wozu ist die Stummpolizei da? Sie trat sofort in Aktion, unterstützt von Gangstertypen und einer Schar verhetzter Jugendlicher, um die Bevölkerung und die Eisenbahner zu terrorisieren. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist reich an Streikbewegungen, und insbesondere die Berliner Werktätigen haben Erfahrungen auf diesem Gebiet. Sie mussten das seltsame Schauspiel erleben, dass erstmalig in Berlin eine Polizeitruppe, die Stummpolizei, eine verschwindende Minderheit von Eisenbahnern "schützt", um einen sogenannten "Streik" durchzuführen und zusieht und aufmuntert, wie eine Minderheit - unter ihnen nachweislich kaum Eisenbahner - Eisenbahnzüge in Brand steckte, Sprengkörper anlegte und ganze Stellwerke zertrümmerten. Es war offenkundig die amerikanische Art, in Ländern, wie z.B. in Lateinamerika, "Streiks" zu organisieren.

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949

Kommentare \*- 4 -

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Kreikemeyer, hat die Wiederaufnahme des S-Bahnbetriebes und die sofortige Beseitigung der angerichteten Schäden befohlen. Er stützt sich auf ein Schreiben des Büros der amerikanischen Militärregierung, das von dem amerikanischen General Howley und von dem britischen General Bourne unterzeichnet ist und die Aufhebung der Misstände auf der S-Bahn anordnet. Alle Eisenbahner werden aufgefordert, den Dienst sofort anzutreten. Die IG-Eisenbahn, die sich die berechtigten Forderungen der Eisenbahner einsetzte, hat den Vorschlag unterbreitet, Löhne und Gehälter der Eisenbahner in Westmark auszus zahlen. Um den Eisenbahnern, die durch die Weigerung des Spalter Magistrats, einen Umtausch der Löhne Ost gegen West vorzunehmen, in eine üble Lage geraten sind, zu helfen und die Reichsbahndirektion in die Lage zu versetzen, den Wünschen der Eisenbahner zu entsprechen, schlägt die IG-Eisenbahn vor, in den Westsektoren Fahrgelder, Frachten und alle übrigen Gebühren nur in Westmark zu erheben.

In Berlin kann sofort wieder Ruhe einkehren und normale Verhältnisse auf der S-Bahn können wieder hergestellt werden. Es wird sich zeigen, ob die UGO-Führung und ihre ausländischen Auftraggeber das verbrecherische Spiel mit dem Allgemeinwohl einer Millionenstadt und den Interessen der Eisenbahner weiter treiben werden.

I.M.

PresseDienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Kommentare -

USA unterstützen deutsche Monopole  
(MR)

Wie amerikanische Blätter aus Frankfurt a.M. meldeten, ist der stellvertretende Leiter der Entkartellisierungsabteilung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Collison, entlassen worden. Nach den gleichen Blättern ist auch ein anderer Mitarbeiter dieser Abteilung, Alexander Saks, von der Entlassung bedroht. Man könnte annehmen, daß die beiden entlassen werden, weil sie sich der Liquidierung der deutschen Monopole widersetzen. Aber in Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt. Sie werden ihrer Posten enthoben gerade aus dem Grunde, weil sie auf die Durchführung der Entkartellisierung bestanden und die amerikanische Militärregierung der Förderung der deutschen Konzerne überführten, d.h. der gleichen Clique deutscher Großkapitalisten, die auch die treibende Kraft der Hitler-Aggression gewesen sind.

Collison wurde entlassen, weil er dem Außenministerium Meldung erstattete, daß höchste Verwaltungsstellen der amerikanischen Militärregierung die Entkartellisierung sabotieren und keine Maßnahmen zum Angriff gegen die deutschen Monopolisten treffen. Die Entlassung Collisons ist eine neue Bestätigung dafür, daß die amerikanischen Behörden in Deutschland das Potsdamer Abkommen über die Liquidierung der deutschen Monopole, der Grundlage des deutschen Militarismus und der Aggression, gröblich verletzen. Es wird nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, daß seinerzeit der frühere Chef der Entkartellisierungsabteilung der amerikanischen Militärregierung, James Stuart Martin, zur Demission gezwungen wurde. Er weigerte sich, seine Zustimmung zur Politik der amerikanischen Behörden zu geben, die die deutschen Monopole unterstützten und praktisch seine Entkartellisierung verhinderten.

In einem amerikanischen Zeitungskommentar heißt es u.a., die Absetzung Collisons zeuge von den engen Bindungen zwischen den deutschen Monopolen und den amerikanischen Gesellschaften. Die amerikanischen Kreise, die die deutschen Kartelle unterstützen, fühlen jetzt grössere Sicherheit im Zusammenhang mit der Ernennung Cloys. Die Entlassung Collisons zeugt - wie der Kommentator weiter schreibt - ebenso wie die Demission Martins davon, daß die Praxis der amerikanischen Militärregierung in Deutschland in scharfem Gegensatz zur offiziell verkündeten Politik der Entkartellisierung, der angeblichen Vernichtung der deutschen Monopole steht. Diese Praxis bedeutet Unterstützung dieser Monopole und Mißachtung der Potsdamer Beschlüsse über die Liquidierung der deutschen Monopole als eine Vorbedingung für die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands. Diese Politik gegenüber den deutschen Monopolen ist eine Folge der Tendenz der amerikanischen imperialistischen Kreise zur Umwandlung Westdeutschlands in einen Aufmarschraum der neuen Aggression und zur Ausnutzung des Industriepotentials Westdeutschlands im Interesse ihrer Expansionspolitik.

PresseDienst  
(PD)

25. Mai 1949

A r t i k e l d i e n s t

Die Marshall-Krise Belgiens

Die Regierungskrise in Belgien, die zur Ausschreibung von Wahlen für den 12. Juni geführt hat, lenkt die Aufmerksamkeit auf dieses Land, wo sich der Eingriff des amerikanischen Monopolkapitals in die Wirtschaft mit Hilfe des Marshall-Planes am krassesten ausgewirkt hat. Belgien hat sich nach dem Krieg wirtschaftlich verhältnismässig rasch erholt. Anfang 1947 erreichte seine Industrieproduktion im Durchschnitt das Niveau der Friedensjahre 1936/38, die Reallöhne erreichten ungefähr das Friedensniveau. Im März 1947 nach der Verkündung der Truman-Doktrin begannen die verhängnisvollen Eingriffe des amerikanischen Imperialismus in das innere Leben Belgiens. Die Kommunisten, mit 23 Abgeordneten die drittstärkste Partei des Landes, wurden auf amerikanisches Geheiss aus der Regierung entfernt. Ähnlich wie Frankreich und Italien. Die sozialdemokratisch-christliche Regierungskoalition betätigt sich seither als Ausführungsorgan der USA-Regierung. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Spaak ist der eifrigste Einpeitscher der Westunion, des Marshall-Planes und des Atlantikpaktes in Europa. Von ihm stammt der Ausspruch, die Grenzen der Vereinigten Staaten seien heute in Europa.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Unterordnung Belgiens unter das amerikanische Kommando waren Ende 1947 bereits deutlich zu verspüren. In den ersten 8 Monaten des Jahres musste Belgien von den USA Waren im Werte von 14,3 Milliarden Franken abnehmen, während die belgische Ausfuhr nach den USA in derselben Zeitspanne nur 1,8 Milliarden Franken betrug. Diese belgische Ausfuhr bestand den amerikanischen Plänen entsprechend aus Rohstoffen, während Amerika Fertigfabrikate nach Belgien hineinpumpt, die die belgische Industrie selbst herstellen könnte. So ist schon damals die grosse belgische Strumpfindustrie durch die Einfuhr amerikanischer Nylon-Strümpfe erdrosselt worden. Die belgische Mühlenindustrie kam zum Erliegen, weil Amerika es abgelehnt hat, Getreide nach Belgien auszuführen, das in Belgien vermahlen werden könnte, stattdessen aber Mehl nach Belgien importiert. Dieselbe Politik betrieben die USA in Belgisch-Kongo, wo sie die Ausfuhr von Rohstoffen, vor allem des Uran-Erzes, monopolisieren und die belgische Einfuhr nach dem Kongo durch amerikanische Waren verdrängen.

1948 nahm diese amerikanische "Hilfe"-Politik noch krassere Formen an. Die Einfuhr von amerikanischen Fertigwaren wurde weiter gesteigert, dem belgischen Export wurden die europäischen Absatzmärkte abgejagt. Die belgische Obsternie z.B. verfaulte unverkäuflich, weil der amerikanische Obst-Trust Belgien mit seinen Produkten überschwemmte. Die belgische Presse begann offen davon zu schreiben, dass es auf die Dauer unmöglich wäre, dass Belgien laufend enorme Warenmengen aus den USA importiert, dorthin aber nichts liefern könne. Es kam zu Absatzstokungen, starken Einschränkungen der belgischen Industrie, die Arbeitslosigkeit stieg. Der Berliner



PresseDienst  
(PD)

20. Mai 1948  
Artikeldienst - 2 -

"Sozialdemokrat" (5. Juli 1948) fand es "rätselhaft", dass die belgische sozialdemokratische Minister z.B. 2,6 Millionen Dollar für amerikanischen Kaffee ausgeben, der "in Belgien in riesigen Mengen erhältlich" sei und "merkwürdig", dass Belgien für eine halbe Million Dollar Tabak einführen müsse, der in Belgien selbst reichlich vorhanden ist. Des merkwürdigen Rätsels Lösung heisst: Marshall-Plan!

Ende 1947 stieg die Arbeitslosigkeit in einem katastrophalen Umfang, die Preise kletterten hoch, die Reallohn fielen. Gegenwärtig werden offiziell über 300 000 registrierte Arbeitslose gemeldet, die Ziffer liegt weit unter der Wirklichkeit. Selbst nach offiziellen Angaben hat sich die Erwerbslosigkeit seit dem Jahre 1947 vervielfacht.

Die Ursache dieser tiefen Wirtschaftskrise in Belgien ist, wie das aus der Wirtschaftsstatistik des Landes eindeutig bewiesen werden kann, die amerikanische Wirtschaftspolitik, die Belgien gegenüber unter dem Deckmantel der Marshall-"Hilfe" betrieblen wird. Der belgische Export ist in seinem Umfang von 12,8 Millionen Tonnen im Jahre 1947 zwar auf 15,7 Millionen Tonnen 1948 gestiegen. An diesem Export haben aber die Fertigwaren einen immer geringeren Anteil, während die Ausfuhr von Rohstoffen steigt. Die Handelsbilanz Belgies mit den USA wies 1948 ein passiv-Saldo von 11 Milliarden Franken auf. Von der amerikanischen Einfuhr nach Belgien entfallen nur 11 % auf Maschinen, die Belgien braucht, während 63 % des amerikanischen Imports auf Fertigwaren, Lebensmittel und Tabak kommen. Die Einfuhr der USA nach Belgien steigerte sich unter dem Marshall-Plan 1948 auf rund 18 % des gesamten belgischen Imports (1936 : 8,7 %), während der belgische Export nach den USA nur noch 6 % der belgischen Ausfuhr beträgt (1936 : 7,3 %). Der Aussenhandel Belgiens mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern wird trotz vorhandener Handelsverträge und grosser Möglichkeiten von amerikanischer Seite künstlich gedrosselt und beträgt nur etwa 5,5 % des belgischen Aussenhandels. Der Export Belgiens ging unter dem amerikanischen Druck 1948 um über ein Viertel zurück. Amerika verdrängt die belgische Industrie auch von den skandinavischen Märkten.

Die ganze Last der Krise wird von der sozialdemokratisch-christlichen Koalition auf die werktätigen Massen abgewälzt. Durch Preiserhöhungen und Lohnstop ist der Reallohn seit 1947 um ein Drittel gefallen. Die Textilindustrie hat schon Anfang des Jahres ein Fünftel, die Kunstwaren-Industrie zwei Fünftel ihrer Arbeiter entlassen. Die Lawine der amerikanischen Waren, die diese Arbeitslosigkeit verursacht, schwillt weiter an. Im vergangenen Jahr haben die USA z.B. Strümpfe im Werte von 600 Millionen Franken nach Belgien importiert und damit die belgische Strumpfindustrie völlig lahmgelegt.

Während eine dünne Schicht der Nutzniesser in Luxus schwelgt, die Brüsseler Schlemmerlokale voll sind, wächst das Elend. Die Arbeiter wehren sich durch Lohnstreiks gegen die weitere Verelendung. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Spaak, der Hauptagent Amerikas in Belgien, macht sich über die Sache leicht, erklärt einfach jeden Streik für eine "kommunistische Maché".

Georg Krauss

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949

Stimmen des Auslandes  
=====

Laski zur Verhaftung Eislers

(PD)

Die Verhaftung Eislers bezeichnete Professor Laski als einen "empörenden Skandal". Der ehemalige Vorsitzende der Labour-Party erklärte in der französischen Zeitung "Liberation" am 16. Mai: "Ich verstehe nicht, wie eine Arbeiterpartei daran denken kann, einen Unschuldigen für einen Prozess wieder auszuliefern, der in einer Atmosphäre stattfindet, die eine Verurteilung sicher macht."

Englische Justiz im Dienst amerikanischer Kriegshetzer

(PD)

"Daily Worker" berichtete am 10. Mai:

"Neun junge Londoner, die sich aus Protest gegen die aggressive Politik der USA am Gitter der amerikanischen Gesandtschaft angekettet hatten, wurden von einem Londoner Gericht zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Sie wurden beschuldigt, 'ein beleidigendes Benehmen an den Tag gelegt und beleidigende Worte' gegen die USA gebraucht zu haben, indem sie ihre Mißbilligung über gewisse amerikanische Äußerungen bekundeten."

Es handelt sich um die von Senator Cannon im amerikanischen Repräsentantenhaus gemachte Ausserung, dass die Vereinigten Staaten sich darauf vorbereiten müssten, die Soldaten anderer Nationen auszurüsten, damit diese in die Schlacht gesandt werden könnten und so amerikanische Leben verschont bleiben würden.

Unter den Parolen, die von den jungen Londonern vor der amerikanischen Gesandtschaft verkündet wurden, waren solche, wie z.B. 'Kein britisches Blut für Yankee-Dollars' und 'Die Sowjetunion ist für den Frieden - gegen die amerikanische Kriegshetze'. Der Staatsanwalt erklärte, er sehe die Sache sehr ernst an, da sich unter der Menge, die sich vor der amerikanischen Gesandtschaft staute, auch amerikanische Seeleute befanden."

+ + +

Dieser Fall ist bezeichnend dafür, wie weit die englische Labour-Regierung unter dem Befehl der Dollargewaltigen steht und reiht sich würdig neben die rechtswidrige Verhaftung Gerhart Eislers ein.

(G.G.)

Französische Stimmen zu Bonn

(PD)

In der französischen Zeitung "Liberation" schrieb am 10. Mai Marcel Fourier:

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Stimmen des Auslandes - 2 -

"Ich stelle mir das ungeheure Gelächter des Generals von Rundstedt vor, der von unseren englischen Freunden in seiner Eigenschaft als Kriegsverbrecher großmütig entlastet wurde, oder des Herrn Krupp von Bohlen oder des Herrn Dr. Schacht, beim Durchlesen der Bonner Verfassung, - das Gelächter aller westdeutschen Nazis, Nazisprüßlinge, Barone, Magnaten, Grundbesitzer usw., die mit dem Segen General Clays wieder in ihre Stellungen gesetzt wurden.

Es gibt keinen deutschen Politiker, besonders unter denen, die aufrichtig demokratisch sind, der sich bereitfinden würde, die Teilung Deutschlands als endgültig hinzunehmen. Früher oder später wird tatsächlich die Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden...

Noch können wir uns auf der Pariser Konferenz von dieser Wahnsinnspolitik freimachen. Die Errichtung eines beständigen Friedens zwischen den Völkern Europas... ist unser einziger Schutz."

Die Zeitung "Le Monde" schrieb:

"Schliesslich hat eine Verfassung keinen anderen Wert als den, den das Volk ihr gibt. Allem Anschein nach - und selbst die deutsche Presse, unter alliierter Kontrolle unterstreicht dies - bekundet der Mann von der Strasse nur wenig oder gar kein Interesse für die in Bonn angenommenen spitzfindigen Texte..."

(D.B.)

USA-Reaktion "einen Schritt vom Faschismus"

(PD)

O. John Rogge, zu Roosevelts Zeit stellvertretender Generalstaatsanwalt, gab auf einer Tagung der Vereinigung der Rechtsanwälte einen Bericht über das Schwinden der bürgerlichen Freiheiten in den USA. Diesem Bericht (am 16.5. im Londoner "Daily Worker" veröffentlicht) entnehmen wir:

"Wir haben in den USA einen Punkt erreicht, wo die Reaktion Proportionen angenommen hat, dass sie nur noch ein kleiner Schritt vom Faschismus trennt. Unsere Regierung folgt in ihrer Innen- und Außenpolitik faschistischen Vorbildern. Maßgebende Leute in der amerikanischen Regierung bemühen sich, Amerika zu einem Abklatsch Hitlers Deutschlands zu machen, in dem die Militärs das Land regieren und die Profitjäger die Welt.

Die Reaktion begann kurz vor dem Tode Roosevelts. Ich befand mich zu jener Zeit in Washington und konnte den Wandel, der vor sich ging, von Tag zu Tag beobachten." Als besonders krasses Beispiel nannte Rogge das sogenannte Loyalitätsgesetz. "Die Prüfung der 'Loyalität' erfasst nicht nur die Angestellten der Regierungen der Staaten und der Bundesregierung, sondern erstreckt sich auch auf Industrie und Handel. Voriges Jahr hatte ich behauptet, dass es bei uns nicht nur eine gute Voraussetzung zur Erlangung einer Regierungsstellung sei, sondern dass es sich auch bezahlt macht, etwas antisemitisch eingestellt zu sein. Ich fragte mich seinerzeit, ob ich die Dinge nicht

Presse Dienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Stimmen des Auslandes - 3 -

etwas übertrieben hätte. Aber nun traf ich vorigen Monat in Cleveland Vertreter einer Anzahl von Angestellten der Postverwaltung, die auch der Loyalitäts-Heckenjagd unterworfen wurden. In Cleveland handelte es sich um 29 Angestellte. 23 davon waren Neger, 4 Juden und 2 andere Amerikaner. Diese zwei können dafür zeugen, daß ein Untersuchungsbeamter der Postverwaltung ihnen erklärte: 'Sie gehören hier gar nicht hin, wir sind nur hinter Juden und Neger her!'

Ich könnte fortfahren, derartige Beispiele zu Hunderten anzuführen. Sie sind Teile eines großen Gemäldes. Es ist wie beim Füsselspiel: man beginnt die Teile zusammenzulegen und sieht bald, wie das fertige Bild aussehen wird. In den USA haben wir schon genug Einzelstücke um zu sehen, wohin das führt - nämlich zum Faschismus amerikanischer Art -. Je grösser die Rede- und Gedankenfreiheit, desto schneller wird das Volk seine politische Reife erreichen. Die Clique, die zur Zeit an der Macht ist, ist sich bewusst oder unbewusst darüber im klaren. Sie weiss: wenn das Volk lernt, selbständig zu denken und zu sprechen, wird es mit diesen Ungerechtigkeiten ein Ende machen und verlangen, dass nicht einige Wenige auf Kosten der Menge im Luxus leben. Die Regierung ist bestrebt, das amerikanische Volk seiner Grundrechte zu berauben, während sie gleichzeitig Lippenbekanntnisse zu schön klingenden Programmen abgibt..."

(G.G.)

Budget eines Moskauer Fräasers

(PD)

Als Neunzehnjähriger kam Alexander Gratschew vom Lande nach Moskau und begann als Kutscher im "Borez"-Werk zu arbeiten, in einer kleinen Maschinenfabrik, die einem ausländischen Kapitalisten gehörte. Als in der Sowjetunion der erste Fünfjahrplan und mit ihm die Industrialisierung begann, begann Gratschew eine Abendschule zu besuchen, um sich zum Facharbeiter auszubilden. Ein halbes Jahr später war er Dreher. Nach einigen Jahren Arbeit meldete sich Alexander Gratschew zur weiteren Ausbildung in der Betriebsschule, die er nach 2 Jahren als Fräser verliess. Jetzt bedient er gleichzeitig drei Werkbänke, einen Zahnradschneider, eine Zahnradschneidmaschine und eine vertikale Fräsmaschine. Als Leistungslohn erhält er im Monatsdurchschnitt 1 500 Rubel.

Von seinen 3 Töchtern ist die Älteste verheiratet, Jekaterina verdient als Näherin in der Fabrik 500 bis 600 Rubel und Nina als Meisterin in einer Genossenschaft zur Herstellung von Leder-Galanteriewaren 700 Rubel im Monat. Mit über 2 700 Rubel im Monat wirtschaftet Frau Gratschew, die den Haushalt führt und den vierjährigen Sohn Jagen betreut. Da sie für ausreichende Verpflegung täglich nur 40 Rubel braucht, bleibt ein beträchtlicher Betrag für Anschaffungen frei. Berücksichtigt man, dass Miete, Telefon, Gas und Strom zusammen genommen einen einzigen Tageslohn von Alexander Gratschew betragen, ärztliche Behandlung und Krankenhausaufenthalt unentgeltlich sind, so wird das noch klarer. Frau Gratschew hat sich ausgerechnet, dass sie durch die letzte Preissenkung mindestens 200 Rubel im Monat

- 4 -

Pressedienst  
(PD)

25. Mai 1949  
Stimmen des Auslandes - 4 -

allein an Nahrungsmitteln einspart. Aber auch Industriewaren sind billiger geworden.

Die Wohnung Gratschews hat Zentralheizung, Gas, elektrischen Strom und Bad. Sein letzter Urlaub im Werksanatorium unweit Moskaus kostete ihn für einen Monat 240 Rubel, 760 Rubel zahlte die Gewerkschaft aus dem Sozialversicherungsfonds. 240 Rubel, d.h. weniger als ein Sechstel seines Monatslohnes! Jekaterina erzählt, dass sie schon zweimal einen kostenlosen Kurortaufenthalt in der Krim geniessen konnte: Der Kleinste, Eugen, war zweimal im Kindersanatorium, wofür Gratschew 110 Rubel im Monat, d.s. zwei Tageslöhne, bezahlte.

(E-n)

Zur Information

=====

Aus Schanghais Vergangenheit

(PD)

"Daily Worker" schreibt am 14. Mai anlässlich der bevorstehenden Befreiung Schanghais:

"Schanghai ist ein Monument des Imperialismus in China. Seine bevorstehende Befreiung durch die chinesische Volksarmee wird mehr als irgendein anderes Ereignis das Ende der ausländischen Herrschaft über chinesische Angelegenheiten versinnbildlichen.

Es ist 104 Jahre her, seit der erste englische Konsil am flachen Ufer des Whangpo landete und mit dem lokalen chinesischen Gouverneur eine Vereinbarung abschloss, aus dem die berühmte internationale Niederlassung Schanghais entstand. Der britische Imperialismus setzte als erster den Fluss auf diese Halbinsel grauen Schlamms, die so bequem am Eingang des grossen Jangtse-Tales liegt; in den 100 Jahren hatte der englische Imperialismus den Löwenanteil an der Ausbeutung dieses Gebiets

Es begann mit dem Opium, indischem Opium, das den Chinesen unter der Drohung der Kanonen der englischen Marine aufgezwungen wurde; es ging mit Rüstungen weiter, umfasste dann die Industrie, Finanzen, das Bankwesen und die Schifffahrt. Es ist nicht möglich, genaue Zahlen darüber anzugeben, welche Profite die englischen Imperialisten aus ihren Investitionen in Schanghai zogen. Aber es gibt ein gutes Beispiel. Im Jahre 1931 war Japan bereits ein aggressiver Konkurrent; zu dieser Zeit veröffentlichte die britische Handelskammer in Schanghai den Wert der ausländischen Investitionen: England 152 Millionen Pfund, Japan 44 Millionen Pfund, die USA 20 Millionen Pfund und Frankreich 8 Millionen Pfund. Daraus ergibt sich, dass die englischen Investitionen doppelt so gross waren, wie die der anderen Imperialisten zusammen.

Während des Jahrzehnts, das zum 2. Weltkrieg führte, und in dem Japan versuchte, dem Westen die imperialistische Herrschaft über China zu entreissen, behielten britische Interessen ihre führende Position im Handel von Schanghai. Rüstungen spielten bei diesem Handel eine

PresseDienst  
(PD)

25. Mai 1949

Stimmen des Auslandes - 5 -

wichtige Rolle. China, zerrissen durch innere Kriege, importierte während der 30er Jahre mehr Waffen und Munition, als irgendein anderes Land. Schanghai war das grosse Zentrum der Einfuhr und Wiederausfuhr für Waffen aus der ganzen Welt. Dies bedeutete zahlreiche Seetransporte und demzufolge hohe Profite für die englischen Reedereien. 1936 besaßen die Engländer doppelt so viel Tonnage als die chinesischen und japanischen Reedereien. Ein grosser Teil des Waffenhandels war illegal, um dem Zoll zu entgehen. Waffensendungen wurden als "Bibelgestelle" bezeichnet, wenn sie Revolver enthielten. "Pianos" waren Kanonen, "Regenschirme" Gewehre und "Glassachen" Munition.

Schanghai war ein bequemes Zentrum für diesen Handel, genau wie 90 Jahre vorher für den Opiumhandel, beschaffen von dem geographischen Lage. Das Jangtse-Tal ist Chinas dichtest besiedeltes, an Landwirtschaft und Industrie reichstes Gebiet. Daher wurde Schanghai einer der 10 wichtigsten Welthäfen, und Chinas finanzielles, wirtschaftliches und Schiffahrtszentrum und eine grosse Industriestadt. 1937 lagen von Chinas 141 Textilfabriken 65 allein in Schanghai. 40 % der Industrie Chinas konzentrierte sich dort, und die Zahl der Werktätigen, die in Schanghai beschäftigt waren, betrug 43 % aller Industriearbeiter des Landes. Über die Hälfte aller Fabriken, Betriebe und Werkstätten befanden sich auf dem Gebiet der internationalen Kolonie Schanghai.

Kinderarbeit, unbeschränkte Kinderarbeit waren in Schanghai des 20. Jahrhunderts normale Erscheinungen. Unermessliche Reichtümer flossen durch die rücksichtslose Ausbeutung dieser billigen Arbeitskräfte in die Taschen der ausländischen Kapitalisten.

Europäische und amerikanische Einwohner der Internationalen Niederlassung konnten, wenn sie abends den Bund - die Strandpromenade der Internationalen Niederlassung - entlang spazierten oder in Rikschas gezogen wurden, die lange Prozession von Sampans (Bootsart) betrachten, die vollbepackt mit Arbeitern aus Pootung, dem der Internationalen Niederlassung gegenüberliegenden Industriezentrum, zurückkehrten.

Eines Abends, Anfang 1932, geschah es, dass ein nagelneues amerikanisches Luxussschiff majestätisch den Whangpoo just um die Zeit heraufsegelte, als dieser durch die mit Arbeitern angefüllten Sampans fast verstopft war. Am nächsten morgen brachten die Schanghaier Zeitungen spaltenlange Berichte über die Persönlichkeiten, die mit diesem Schiff Schanghai besuchten; aber nur in einigen Zeitungen wurde ganz nebenbei davon berichtet, dass das Schiff eines der überfüllten Sampans gerammt hatte.

Schanghai war voll solcher und ähnlicher Kontraste. Zu jener Zeit griffen die Japaner Schanghai, d.h. besser gesagt die Umgebung der Stadt an. Da sie sich einem unvorhergesehenen heftigen Widerstand der 19. Chinesischen Armee gegenübersehen, zerstörten sie rücksichtslos Tschepe, den Arbeitervorort der Stadt. Einwohner der Internationalen Niederlassung konnten von ihren Hotel Fenstern und Dachgärten aus das Feuerwerk beobachten, das japanische Bomben und Einschläge in der chinesischen Stadt anrichteten, und sie taten es auch. Damals kaufte Japan sogar britische und amerikanische Munition für diesen Angriff auf China!

Dies sind Streiflichter aus dem Schanghai der imperialistischen Epoche - einer Epoche, die jetzt in China ihr Ende findet."

G.F.